

NIEDERSCHRIFT

über die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates Grünwald am Dienstag, den 24. November 1998 um 19.00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses Grünwald

ANWESEND:

Vom Gemeinderat:

| | |
|--------------------|----------------------|
| 1. Bürgermeister | Lindner |
| 2. Bürgermeister | Hauer |
| 3. Bürgermeisterin | Dr. Cramer |
| GR - Mitglied | Amann |
| | Bechler |
| | Brandt |
| | Brauner |
| | Dr. Forster |
| | Neusiedl |
| | Nöbel |
| | Oldenbourg |
| | Dr. Paeschke |
| | Panitschek |
| | Resch |
| | Rethfeldt |
| | Sauerteig ab TOP 103 |
| | Prof. Dr. Schorr |
| | Süßmeier |
| | Staehle |
| | Steininger |
| | Traub |

Von der Verwaltung:

| | |
|-------------------|------------|
| Oberamtsrat | Greß |
| Oberamtsrat | Bickel |
| Dipl.Ing. FH | Reger |
| Techn. Werkleiter | Zettel |
| VFW | A. Schwarz |
| VFW | Bader |
| VFW | Gantner |

Als Gast:

| | |
|------------|---------------------------|
| Dipl. Kfm. | Horst Drechsel zu TOP 102 |
|------------|---------------------------|

Die gesetzliche Zahl der Mitglieder des Gemeinderates beträgt 20 + 1. Bürgermeister; davon sind die oben angeführten Mitglieder des Gemeinderates und der 1. Bürgermeister erschienen.

Der Gemeinderat ist beschlußfähig.

100. Entscheidung über die vorgelegte Tagesordnung und deren Ergänzung aufgrund der Geschäftslage sowie die Anerkennung der Dringlichkeit dieser Ergänzungen;

Die Tagesordnung und deren Ergänzung aufgrund der Geschäftslage werden einstimmig angenommen. Die Dringlichkeit der Ergänzungen wird anerkannt.

101. Genehmigung der Niederschrift der vorangegangenen öffentlichen Sitzung vom 27. Oktober 1998;

Die oben bezeichnete Niederschrift wird einstimmig angenommen.

102. Feststellung der Jahresbilanz des Wasserwerkes Grünwald zum 31. Dezember 1997 sowie der Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 1997;

Zu diesem Tagesordnungspunkt berichtet kaufmännischer Werkleiter Bickel, daß aus Termingründen keine Vorberatung im Werkausschuß habe stattfinden können. Aus diesem Grunde sei als Gast zu der heutigen Gemeinderatssitzung Herr Revisionsrat a.D. Dipl. Kfm. Horst Drechsel eingeladen worden, der den Jahresabschluß 1997 für das Wasserwerk Grünwald aus der Kameralrechnung entwickelt hat.

Den Mitgliedern des Gemeinderates sei der Jahresabschluß mit der Einladung zugegangen.

Kämmerer Bickel berichtet, daß die Bilanz zum 31. Dezember 1996 mit 4,99 Mio DM und einem Jahresverlust von rund 119.000 DM abgeschlossen habe.

Dagegen schließen die Bilanz zum 31. Dezember 1997 mit einer Bilanzsumme von5.356.621,59 DM

sowie die Gewinn- und Verlustrechnung 1997 mit einem Jahresgewinn 1997 in Höhe von 23.496,43 DM ab.

Kaufmännischer Werkleiter Bickel erinnert daran, daß die Gemeinde für das Wasserwerk aus steuerlichen Gründen eine Gewinnverzichtserklärung abgegeben habe, so daß die Wassergebühren ohne Belastung durch Körperschafts- und etwaige Gewerbesteuern kalkuliert werden könnten, was den Nutzern der Einrichtung zugute käme. Der Jahresgewinn 1997 könne mit Vorjahresverlusten verrechnet werden, so daß sich hieraus keine steuerliche Belastung ergebe.

Durch die minimale Anhebung der Verbrauchsgebühren ab 01.01.1997 um netto 0,05 DM je m³ entnommenen Wassers und die Anpassung der Grundgebühren wie auch der Veränderung der Wasserentnahme hätten sich nun die Erträge aus den Gebühren um knapp 90.000 DM für das Jahr 1997 erhöht. Die gesamten Erträge seien um rund 108.000 DM oder 8,1 % gestiegen. Gleichzeitig hätten die Aufwendungen um 34.000 DM oder 3,4 %, teilweise aus einmalig vorliegenden Gründen abgenommen.

Bei Erträgen von insgesamt 1,434 Mio DM und Aufwendungen von 1,411 Mio DM verbleibe somit für 1997 ein Jahresgewinn von 23.000 DM, der auf die abgerechneten Wassermenge

bezogen lediglich ein minimales, zulässiges Polster beim Wasserpreis von gut 0,02 DM je m³ ergeben habe.

Daß der Wasserpreis mit 1,30 DM exakt kalkuliert sei, ergäbe sich aus der Berechnung des Durchschnittspreises -ohne Grundgebühr-, der bei einer berechneten Abgabemenge von 897.000 m³ und Verkaufserlösen von 1,166 Mio DM genau 1,30 DM/m³ ergäbe.

Bereits in der öffentlichen Gemeinderatssitzung am 23. September 1997 sei durch den kaufmännischen Werkleiter mitgeteilt worden, daß sich bei angenommen sonst gleichen Bedingungen wie im Jahre 1996 das Jahresergebnis 1997 verbessern werde. Diese Vorausschau sei eingetreten.

Nach wie vor habe das Wasserwerk mit 61 % der Netto-Bilanzsumme aber eine günstige Eigenkapitalausstattung und etwaige Verluste könnten künftig über die Offene Rücklage ausgeglichen werden, so daß vorerst -bei ausgehend sonst gleichen Erträgen und Aufwendungen- eine weitere Anhebung der Gebühren innerhalb der nächsten ein bis zwei Jahren nicht erforderlich sei.

Aufgrund der günstigen Zinskonstellation auf dem Kapitalmarkt könnte es allerdings sinnvoll sein, bei hohem Investitionsbedarf Fremdmittel anstelle von Gemeindegeldern einzusetzen.

Der Gemeinderat beschließt nach Beantwortung bestehender Fragen aus dem Gremium durch Herrn Revisionsrat a.D. Dipl. Kfm. Horst Drechsel auf Empfehlung des kaufmännischen Werkleiters in Übereinstimmung mit Herrn Dipl. Kfm. Drechsel einstimmig:

1. Der Jahresverlust 1991 in Höhe von 17.103,19 DM wird durch Verrechnung mit den Offenen Rücklagen ausgeglichen. Im Gegenzug werden, wie in den Vorjahren, die Zinsen des inneren Kassenkredites 1997 in Höhe von 64.060,-- DM die sich aus der Verzinsung bei einem mittleren Schuldenstand des Wasserwerkes bei der Gemeinde Grünwald in Höhe von 1.417.625,-- DM ergaben, erlassen und den Offenen Rücklagen zugeführt.
2. Die Bilanz zum 31. Dezember 1997 des Wasserwerkes Grünwald wird mit einer Bilanzsumme von 5.356.621,59 DM sowie die Gewinn- und Verlustrechnung mit einem Jahresgewinn von 23.496,43 DM festgestellt und anerkannt.

**103. Berichterstattung aus den Ausschüssen und von aktuellen Vorgängen und Themen besonderer Wichtigkeit;
Antrag Gemeinderatsmitglied Dr. Paeschke auf Förderung einer Teiltagespflege des Kath. Altenpflegezentrums in Grünwald;**

1. Bürgermeister Lindner berichtet über den Beschluß des Verwaltungsausschusses, den Einstieg zur Gründung einer Teiltagespflege des Kath. Altenpflegezentrums in Grünwald finanziell zu unterstützen. Dazu ist eine monatliche Förderung von ca. DM 1.400,00 erforderlich. Nach Einführung und einer gewissen Erprobungszeit für diese pflegerische Zusatzleistung wird sich erweisen, ob die Teiltagespflege von der Bevölkerung angenommen wird und deshalb weiter bestehen bleiben, evtl. sogar verstärkt werden soll oder wieder aufgegeben werden müsse.

Das Pfarrheim St. Peter und Paul stellt für die Betreuung der Pflegebedürftigen behindertengerecht ausgestattete Räume zur Verfügung. Angeboten werden neben

Getränken und Kuchen aktivierende Hilfen, Beschäftigungsprogramme, Gedächtnistraining sowie persönliche Beratungen je nach den Bedürfnissen.

Sinn dieser Tagespflege sei es, den Pflegebedürftigen in ihrem Alltag eine Abwechslung zu verschaffen und auch den Familienangehörigen der Betroffenen eine spürbare Entlastung für einige Stunden zu ermöglichen. In der Anfangsphase ist die Betreuung auf 6 Personen beschränkt und das an einem Wochentag zweimal im Monat.

Der Gemeinderat nimmt von der geplanten Einrichtung der Tagespflege Kenntnis und auch von dem zustimmenden Beschluß des Verwaltungsausschusses.

104. Bekanntgabe von Dringlichkeitsentscheidungen, die der 1. Bürgermeister gem. Art. 37 Abs. 3 GO anstelle des Gemeinderates getroffen hat;

1. Bürgermeister Lindner gibt bekannt, daß er vor Einbruch des Winters die notwendigen Arbeiten zur Auswechslung der Lichtkuppeln des großen Sitzungssaals sowie den Einbau von vier neuen Lichtschächten zur Belichtung des Treppenhauses im 3. OG des Rathauses in Auftrag gegeben habe. Die Vergabesumme beträgt DM 96.300,--. Der Gemeinderat nimmt Kenntnis.

105. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefaßten Beschlüsse gem. Art. 52 Abs. 3 GO;

Der Vorsitzende verweist auf die Anlage zur Tagesordnung und den öffentlichen Aushang der für die Bekanntgabe bestimmten Tagesordnungspunkte aus der Gemeinderats-Sitzung vom 27. Oktober 1998. Der Niederschrift ist diese Anlage beigelegt.

106. Anfragen an die Verwaltung und deren Beantwortung;

Die beantworteten Anfragen sind in der Anlage beigelegt.

**107. Vollzug des Bayer. Straßen- und Wegegesetzes;
Widmung**

- a) **der Dr.-Peter-Hecker-Straße**
 - b) **der Alpspitzstraße, östlicher Teil
zu Ortsstraßen**
 - c) **der Fußwege Fl. Nr. 213/31, 213/45 u. 213/48
zu Eigentümerwegen;**
-

Verw.Ang. Schwarz trägt vor, daß die vorgenannten Straßen und Wege von der Firma Eiwobau entsprechend dem Erschließungsvertrag vom 18.03.1997 hergestellt wurden und gemäß Art. 6 Abs. 1 BayStrWG zu widmen sind, um die Eigenschaft von öffentlichen Straßen und Wegen zu erhalten.

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis und beschließt auf Vorschlag des Bauausschusses einstimmig, die Dr.-Peter-Hecker-Straße und den östlichen Teil der Alpspitzstraße gemäß Art. 46 Lit b) BayStrWG zu Ortsstraßen und die Fußwege Fl. Nr. 213/31, 213/45 und 213/48 gemäß Art. 55 Abs. 1 BayStrWG zu Eigentümerwegen zu widmen.

108. Straßenbauprogramm 1999;

Techn.Ang. Reger trägt die Empfehlung des Bauausschusses vor, im nächsten Jahre folgende Straßenbauvorhaben durchzuführen:

Wilhelm-Humser-Straße, östlicher Teil, Verbesserung
Tobrukstraße, Oberbau
Von-Ranke-Straße, Unter- und Oberbau
Bergheimstraße, Unter- und Oberbau
neue Erschließungsstraße zwischen Tobruk- und Wörnbrunner Straße, Unter- und Oberbau.

Im nächsten Haushalt sollen dafür Mittel in Höhe von DM 1.590.000,-- eingestellt werden. Mit der Planung und Bauleitung soll das Ing.-Büro Scherer & Kurz zu den üblichen Konditionen nach der HOAI beauftragt werden.

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis und beschließt nach Aussprache einstimmig entsprechend dem Vorschlag des Bauausschusses mit dem Vorbehalt, daß die Entscheidung über den Ausbau der Wilhelm-Humser-Straße endgültig erst getroffen werden soll, wenn die erforderlichen Haushaltsmittel nach Abstimmung der nötigen Investitionen im nächsten Haushaltsjahr sichergestellt werden können.

Ferner wird der Bauausschuß ermächtigt, darüber zu entscheiden, ob die Straßen im Bereich des Bebauungsplanes Nr. B 36 im nächsten Jahre endgültig fertiggestellt werden sollen oder die Aufbringung der Verschleißschicht auf der Fahrbahn (AFB) bis zum Abschluß der geplanten Bebauung ausgesetzt wird.

109. Aufstellung der Satzung der Gemeinde Grünwald für die Aufgaben und Benutzung des Gemeindearchivs;

Der Satzungsentwurf wurde zunächst den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses zur Kenntnis gebracht. Nun liegt er dem Gemeinderat zur endgültigen Beschlußfassung nach einer einstimmigen Empfehlung des Verwaltungsausschusses vor.

Auf eine Verlesung des Satzungstextes wird verzichtet, da davon ausgegangen wird, daß es sich weitestgehend um die Übernahme einer bewährten Mustersatzung handelt und evtl. notwendige Abweichungen sich ohnehin erst später als erforderlich herausstellen. Der Gemeinderat beschließt auf Empfehlung des Verwaltungsausschusses einstimmig diese Satzung.

Ende der Sitzung: 20.00 Uhr

Der Vorsitzende:

H. Lindner
1. Bürgermeister

Die Niederschriftsführer:

H. Greß, Oberamtsrat
für TOP 100, 101, 103, 105, 106 u. 109

D. Bickel, Oberamtsrat
für TOP 102

A. Schwarz, Verw.Ang.
für TOP 104, 107, 108

Anfragen an die Verwaltung und deren Beantwortung;

GR - Sitzung vom 24. November 1998 -öffentlich- TOP 106

| GR - Mitglied | Anfrage | Beantwortung |
|---------------|--|---|
| Nöbel | Ist es nicht möglich, betroffenen Anliegern beim Ausbau bestehender Straßen rechtzeitig eine Information zukommen zu lassen, aus der die zu erwartende Höhe des Ausbaubeitrages ersichtlich ist? | <p>Dies würde eine doppelte Belastung der Verwaltung bedeuten, weil zunächst die zu erwartenden effektiven Ausbaukosten ermittelt und anteilmäßig auf die Anlieger verteilt werden müssen. Erfahrungsgemäß löst bereits diese Verständigung eine Flut von Beschwerden und daraus resultierende Aufklärungsarbeit durch die Verwaltung aus. Wenn dann die endgültige Abrechnung geschehen könne, vollziehe sich der gleiche Prozeß des Rechnens, Aufteilens und Aufklärens noch ein zweites Mal.</p> <p>Es sei sicherlich verständlich, daß manch ein Bürger sich schwer tue, den geforderten Betrag innerhalb eines Monats aufzubringen. Dem helfe aber die Gemeinde in besonders gelagerten Fällen dadurch ab, daß die Zahlungen auf mehrere Raten verteilt werden können.</p> |

| | | |
|--------------------|--|---|
| Resch | <p>Könne die Gemeinde die Anlieger nicht dadurch früher davon verständigen, daß ihre Straße ausgebaut werde, indem sie den Tagesordnungspunkt „Straßenbauprogramm“ rechtzeitig vor der Sitzung festlege und mit der Tagesordnung im Isar-Anzeiger veröffentliche? Wenn das Straßenbauprogramm als Ergänzung der Tagesordnung beschlossen werde bekämen manche Bürger diese Beschlüsse nicht mit.</p> | <p>Auf alle Fälle wird der Beschluß selbst in der Presse wiedergegeben. Wenn also ein Bürger den Isar-Anzeiger lese, dann würde er verständigt werden entweder durch die Bekanntmachung der Tagesordnung oder auch durch die Wiedergabe des Beschlußergebnisses. Ein Nachteil entstehe also für den Bürger nicht.</p> |
| Dr. Forster | <p>Es fällt auf, daß die Zahl der Grünwalder Schüler im Gymnasium des Zweckverbandes Oberhaching dramatisch zurückgegangen sei. Man spricht von einem Rückgang von 150 auf ca. 100 Schüler. Gibt es der Gemeinde bekannte Gründe dafür?</p> | <p>Es ist bekannt, daß die Gymnasien um Grünwald starke Werbung für ihre Schulen machen. Man müsse davon ausgehen, daß in diesem Werbeprozess Oberhaching schlechter dastehe als dies früher geschehen sei. Möglicherweise sind es auch die Gründe einer schlechteren Anbindung durch Schulbusse oder öffentlichen Personen-Nahverkehr. Man könne nur die Schulleitung in Grünwald auffordern, ihre Meinung dazu abzugeben.</p> |
| Brandt | <p>Da die Gemeinde Mitglied des Zweckverbandes Gymnasium Oberhaching ist, bittet sie um Auskunft, ob der Schülerrückgang aus Grünwald auch Folgen in der Kostenbeteiligung habe.</p> | <p>Diese Konsequenz müßte gegeben sein, es könne nur aus dem Stegreif nicht gesagt werden, ob eine Anpassung an die Schülerzahlen jedes Jahr erfolge oder nur nach Ablauf mehrerer Jahre. Dies könne aber noch geklärt werden.</p> |